Gemeinsamer Antrag Nr. 2

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
von Gemeinsam - Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen,
von Links Wien,

an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Gute Arbeit und Mitbestimmung: Hochschulen fit für die Zukunft machen!

Eine Karriere in der Wissenschaft ist für viele Beschäftigte ein großer Traum, der bestmöglich in Erfüllung gehen soll. Doch die Realität stellt sich oft als ernüchternd heraus. Befristete Arbeitsverhältnisse werden aneinander gereiht, oftmals werden keine Vollzeitstellen angeboten, obwohl der Workload einer Vollzeitstelle entsprechen würde. Auch der ständige Wettbewerb im Forschungsbetrieb setzt Arbeitnehmer:innen unter Druck. Gemeinsam mit beruflicher Planungsunsicherheit führen diese Umstände nicht selten zu immenser psychischer Belastung bei den Beschäftigten – verschiedene Studien unterstreichen diesen Befund. Unter diesen Rahmenbedingungen leiden nicht zuletzt auch Studierende, da häufig nicht genug Ressourcen für gute und engagierte Lehre übrigbleiben. Dabei bräuchte es für mehrfachbelastete Studierende, deren Lebensrealitäten neben Studium auch durch Arbeit, Pflege oder Kindererziehung geprägt sind, gerade besonders innovative und engagierte Lehre.

Es braucht dringend bessere Arbeitsbedingungen, damit Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen (z.B. der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) ein gutes Umfeld erleben, in dem sie ihre kreativen und exzellenten Leistungen in Forschung und Lehre erbringen können. An den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen müssen sichere Arbeitsverhältnisse ohne Befristung und erzwungener Teilzeit geschaffen werden und Personalkompetenz muss als Führungsaufgabe gestärkt werden. An den Fachhochschulen und Privatuniversitäten braucht es endlich einen Kollektivvertrag, um Gerechtigkeit für Arbeitnehmer:innen herzustellen. Für Studierende braucht es neben einem Ausbau der Studienförderung auch zielgerichtete Studienangebote, die auf Erwerbstätigkeit Rücksicht nehmen – organisatorisch und didaktisch. Klar ist auch, dass eine Hochschule der Zukunft eine demokratische Einrichtung ist, in der Beschäftigten und Studierenden echte Mitsprachemöglichkeiten geboten werden.

Der laufende Dialogprozess für die Hochschulstrategie 2040 bietet die Chance, die Weichen für eine Hochschulpolitik von morgen zu stellen. Eine zukunftsorientierte Universität braucht verlässliche Beschäftigung statt Management durch Befristung, Kooperation statt permanenter Konkurrenz und demokratische Teilhabe statt Entscheidungen über die Köpfe der Beschäftigten hinweg. Denn nachhaltige Personalpolitik ist keine Zusatzaufgabe, sondern eine Voraussetzung für gute Forschung, gute Lehre und einen zukunftsfähigen Wissenschaftsstandort Österreich. Nur wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern und die Studienbedingungen den Bedürfnissen von berufstätigen Studierenden oder Erstakademiker:innen gerecht werden, können Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch als Schlüssel für eine sozial-ökologische und demokratische Gesellschaft fungieren.

Die 186. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die zuständige Ministerin daher auf folgende Maßnahmen im Rahmen der Hochschulstrategie 2040 zu verfolgen:

- Die Stärkung von Mitbestimmung durch Beschäftigte und Studierende durch einen Ausbau der Kompetenzen der Senate und die Einbeziehung von Betriebsratsorganen in Entscheidungsprozesse, insbesondere in budgetären Fragen
- Transparente und Bedarfsgerechte Verteilung von Mitteln an die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die gesellschaftliche Wirksamkeit berücksichtigt
- Ausweitung des Studienangebots, welches sich didaktisch und organisatorisch an den Bedürfnissen von Berufstätigen Studierenden ausrichtet
- Die Verbesserung von Arbeitsverhältnissen an den Universitäten und Forschungseinrichtungen durch
    - das Zurückdrängen von Befristungen und erzwungener Teilzeit, sowohl durch entsprechende gesetzliche Hebel als auch durch Bestimmungen in den Leistungsvereinbarungen,
    - die Schaffung perspektivenreicher Karrierewege und die Förderung von Kooperation statt Konkurrenz,
    - Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit auf allen Beschäftigungsebenen, beispielsweise durch Verteilungsregelungen,
    - die Stärkung von Personalentwicklung als Führungsaufgabe.
- Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer:innen an den Fachhochschulen, Privathochschulen und Privatuniversitäten durch den Abschluss eines Kollektivvertrags

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒